



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Bothe, StephanAfD-Fraktion Datum: 16.02.2023	Antrag	2023/071
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 15.02.2023 zur Beschlussvorlage 2023/053 zum Thema: "Verwaltungsgliederung; Änderungen in der Aufbaustruktur und der Aufgabenzuordnung der Kreisverwaltung zum 01.07.2023"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
Ö		Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

1. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, ein externes Beratungsunternehmen mit entsprechender Expertise zu beauftragen, die Struktur, die personelle Auslastung, die Effizienz und das Optimierungspotenzial der Lüneburger Kreisverwaltung zu prüfen sowie
 2. die Ergebnisse der Prüfung dem Kreisausschuss zeitnah vorzulegen.
-

Sachlage:

Die Kreisverwaltung hat seit Jahren einen starken Personalaufwuchs. Jetzt soll ein dritter Kreisrat hinzukommen, der nicht nur durch seine Besoldung, sondern auch für Pensionsrückstellungen weitere Kosten verursacht. Zudem ist es fraglich, ob die Effizienz der Verwaltung damit verbessert wird oder es eher zu noch mehr Bürokratie kommt. Daher ist es notwendig, vor einer derart kostenintensiven Maßnahme deren Auswirkungen, Effekte und vor allem die Effizienz im Vorfeld professionell prüfen zu lassen.

**Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2023/053
der AfD-Fraktion an den Kreistag**

15.02.2023

Beratungsgegenstand:

Verwaltungsgliederung; Änderungen in der Aufbaustruktur und der Aufgabenzuordnung der Kreisverwaltung zum 01.07.2023

Beschlussvorschlag:

1. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, ein externes Beratungsunternehmen mit entsprechender Expertise zu beauftragen, die Struktur, die personelle Auslastung, die Effizienz und das Optimierungspotenzial der Lüneburger Kreisverwaltung zu prüfen sowie
2. die Ergebnisse der Prüfung dem Kreisausschuss zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Die Kreisverwaltung hat seit Jahren einen starken Personalaufwuchs. Jetzt soll ein dritter Kreisrat hinzukommen, der nicht nur durch seine Besoldung, sondern auch für Pensionsrückstellungen weitere Kosten verursacht. Zudem ist es fraglich, ob die Effizienz der Verwaltung damit verbessert wird oder es eher zu noch mehr Bürokratie kommt. Daher ist es notwendig, vor einer derart kostenintensiven Maßnahme deren Auswirkungen, Effekte und vor allem die Effizienz im Vorfeld professionell prüfen zu lassen.

Stephan Bothe

AfD Fraktion